

Die „Vorzeit“ erscheint montags und mittwochs, am Vormittag und abends mit Ausnahme der Feiertage...

Insoweit diese Anzeigen nicht anders bestimmt sind, ist der Raum einseitig...

Verhalten und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 III, Verlagspreis: 20 Pfennig...

Verhalten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13, Verlagspreis: 20 Pfennig...

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Lloyd Georges Ende.

Wahltag der englischen Arbeiter.

Bei der Wahl in dem englischen Wahlkreis Epsom Valley, die am 2. Januar stattfand, wurde der Kandidat der Arbeiterpartei Tom Myers mit 11902 Stimmen gewählt...

Die Wahl hat weit mehr als nur lokale Bedeutung, denn am Epsom Valley wurde mit großer Erbitterung und von allen Parteien mit Ausbeutung aller Kräfte gekämpft...

Das Ergebnis von Epsom Valley reizt sich würdig anderen Wahltagen an, die in der letzten Zeit vorgenommen worden sind...

Dass der Triumph der Arbeiter nicht nur für Großbritannien von Bedeutung sein wird, liegt auf der Hand...

Verkehrsaufnahme mit Amerika.

Hamburg, 4. Januar

Hier traf der Vizepräsident der American Line Mr. J. R. Elmer ein. Die American Line beabsichtigt, vorläufig aus schließlich einen regelmäßigen Dierschiffdienst nach Hamburg einzurichten...

Die Streiks in den nordischen Staaten.

Kopenhagen, 3. Januar.

„Nationaltidende“ meldet aus Christiania: In fast allen norwegischen Industriezweigen scheitern neue schwere Lohnkämpfe...

den Preise der Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens die Lohnerböhung unwirksam gemacht haben.

Kopenhagen, 3. Januar.

Nach einem Telegramm aus Stockholm besteht sich in der Maschinenbauindustrie ein Ausstand vor. Viele Werkstätten in Stockholm und anderen großen Städten Schwedens liegen bereits still...

Kopenhagen, 3. Januar.

Der Ausstand im Fernsprechwesen dauert an. Käufer der Arbeit sind gegen 5000 weibliche Angestellte des Fernsprechdienstes im Ausstand...

Das Vordringen der Volkswirtschaft in Zentralasien.

Amsterd., 4. Januar.

Wieder-Übersicht melden die Volkswirtschaften den Gang der Russen Truppen in Turkestan. Es sei ihnen ein beachtliches Empfinden bereitet worden. Der Zugang bolschewistischer Streitkräfte aus Zentralasien nach der Weggang von Wera hält an...

Sturz Denikins.

Washington, 4. Januar.

Nach eintreffenden Meldungen wurde die Herrschaft Denikins gestürzt. General Romanowski ist an seine Stelle getreten.

Kommunistensturm in Amerika.

Paris, 4. Januar.

Quous meldet aus Washington: Die Redakteure aller kommunistischen Zeitungen wurden verhaftet und es wurden tonnenweise revolutionäre Schriften beschlagnahmt...

New York, 3. Januar (Neuer).

Am 2. Januar sind in den Vereinigten Staaten 4500 Radikale verhaftet worden. Viele von ihnen sind Ausländer, besonders Russen...

Paris, 2. Januar.

Ueber die Polizeimaßnahmen gegen die revolutionären Agitatoren meldet Temps aus New York, daß umfangreiche Verhaftungen in 33 Städten der Vereinigten Staaten ausgeführt worden seien...

Amerikas Finanzhilfe für Europa.

Amsterdam, 4. Januar.

Einer Neuentdeckung aus Washington zufolge macht die War Finance Corporation bekannt, daß vier Vorschläge die zu einem Gesamtbetrag von 17 Millionen Dollar an Kapitalanten gewährt werden, die für das Ausland arbeiten...

Die Erhebung im Januar 1919

Von Georg Ledebour.

Am 3. Januar jährt sich der Versuch der revolutionären Arbeiterpartei Berlins, den Fortschritten der Reaktion Einhalt zu gebieten durch eine Massenerhebung...

Da ist es gerade jetzt doppelt notwendig, es auszusprechen: Die Januarerhebung war der historische notwendig gewordene Aufbruch dafür, daß es dem Berliner, daß es dem deutschen Proletariat ernst war mit der Revolution...

Wie war denn die Lage? Auf dem Zusammenbruch des kapitalistischen Regiments, der durch die militärische Niederlage im Herbst 1918 herbeigeführt wurde, hatte eine kleine Schaar entschlossener Revolutionäre innerhalb der damals auch noch die Spontankommissionen umfassen den U. S. B. D. sich vorbereitet...

Der Parteikongreß vom Dezember 1918 war durch seine Selbstbestimmungsschlüsse, die der Demokratie vorläufig ein Ende setzten, das Fazit aus jenen Novemborkämpfen...

Das war selbstverständlich auch den rechtssozialistischen Machthabern klar, die nach Ausscheiden der U. S. B. D. aus der Regierung nunmehr allein das Heft in der Hand haben...

Bei herbeiführen sollten. Sie bezweckten noch militärischen Vorbild einen „Präventivkrieg“. Dazu dienten ihnen die wüsteren Berührung der U. S. B. D. auf der letzten Machtposition, die sie noch in Berlin innehatte: die gewalttätige Abiegung des Polizeipräsidenten Eichhorn.

Spätere Enthüllungen lassen es ganz zweifellos erkennen, daß die Machthaber dieses Mittel benutzt haben, um sich den Vorwand zum Wintergischen zu schaffen, genau so wie sie in hinterhältiger Weise am Weihnachtszuge die Volksmarinestation gewaltsam vernichten wollten. Damals allerdings ohne Erfolg. Sie verlangten also am 5. Januar wiederum die sofortige Abdankung Eichhorns, obgleich sie dieses Ziel am folgenden Tage auf geordnetem Wege durch den Vollzugsrat hätten erreichen können. Sie wollten Arbeiterblut vergießen.

Diese Herausforderung konnte sich die revolutionäre Arbeiterschaft Berlins nicht gefallen lassen, ohne sich selbst anzugeben. Sie hätte Widerstand leisten müssen selbst dann, wenn sie über das Intrigenspiel der Machthaber damals so genau unterrichtet gewesen wäre, wie wir heute wissen es sind. Als die Körperkassette der revolutionären Obleute am 5. Januar 1919 zusammentrat, um Beschluß darüber zu fassen, ob dem Vorstoß der Regierung Widerstand geleistet werden sollte, war die Entscheidung tatsächlich bereits gefallen. Wir hatten die Arbeitermassen aufgerufen zu einer Demonstration am Sonntag Nachmittag, um zu zeigen, ob sie zum Widerstand entschlossen seien oder nicht. Sie waren diesem Rufe in einem über Erwarten hohen Maße gefolgt. Die Stimmung in der Siegesallee, dem Ausgangspunkte des Demonstrationzuges, und auf dem Alexanderplatz, wo er sich zu einer abschließenden Kundgebung zusammenstellte, war derartig überwältigend, daß an ein Zurück gehen nicht mehr gedacht werden durfte. Die revolutionären Obleute hatten nur noch darüber zu beraten, ob wir uns auf die Abwehr beschränken konnten, oder den weiteren Schritt zum Sturz der revolutionsfeindlichen Regierung tun mußten. Bei Licht besehen, war das aber auch keine Frage mehr. Denn eine segreiche Abwehr der geplanten Gewaltmaßregel der Regierung hätte natürlich automatisch deren Sturz herbeigeführt. Nur eventuelle Ausgleichsverhandlungen hätten eine friedliche Beilegung des Konfliktes und damit eine Hinanschiebung der Katastrophe herbeiführen können.

Wie unvermeidlich der Widerstandsbeschluß war, geht ja klar daraus hervor, daß während wir noch im Polizeipräsidium berieten, die Massen auf eigene Faust die Verlegung des „Vorwärts“ und anderer Zeitungsgebäude unternommen hatten, um sich Machtpositionen zu sichern. An sich waren die Einzelaktionen schwere Fehler, die wegen unerer Kräfteverteilung nur der Regierung zum Vorteil gereichen konnten. Es ist ja obenberein anzubekannt, daß die Regierungspitze bei der Anführung zu diesen Verlegungen die Hand im Spiele gehabt haben. Ich selbst habe denn auch, als ich vor Gericht stand, in unterschiedener Weise solche Unschereien verurteilt und auf deren verderbliche Folgen hingewiesen. Aber daß die für einheitliches Vorgehen disziplinarisch nicht genügend acidulierten Massen überhaupt jenen antisozialen Verlegungen Folge geleistet haben, ist andererseits ein zwingender Beweis dafür, daß ein Nachgeben in diesem Stadium überhaupt für uns unmöglich war. Die Massen hatten instinktiv das Gefühl: wir dürfen uns die übermühtige Propagation der Revolutionsverräter nicht gefallen lassen, ohne uns selbst, ohne unsere Zukunft anzugehen. Wir müssen kämpfen, komme, was da wolle. Und sie hatten recht damit, so bedauerlich es ist, daß sie nicht die Parole ihrer anerkannten Führer zum einheitlichen Vorgehen abgewartet haben.

Demgemäß war also auch für die revolutionäre Leistung der Bekämpfung zum Widerstand gegeben. Er wurde nur erleichtert durch die glänzenden Auskünfte, die von verschiedenen Seiten über die Stimmung auch unter den Soldaten gegeben waren. Aber selbst wenn diese Auskünfte den Tatsachen entsprechend minder günstig gelautet hätten, wir hätten doch aufstehen müssen zum Massenstreik und zum Sturz der Regierung. Das war das unvermeidliche Gebot der Stunde.

Aber der Misserfolg? Liegt darin nicht der Beweis, daß der Beschluß verfehlt war? Nein und obermals nein! Im Erfolgs allein liegt nicht die Rechtfertigung für eine politische Aktion, im Misserfolg allein der Beweis für ihre Nichtberechtigung, am allerwenigsten in einer Periode langwieriger sozialer Erditterungen für eine revolutionäre sozialistische Bewegung. Es kam in jener Zeit vor allem darauf an, zu beweisen, daß auch in dem revolutionsgewohnten deutschen Volke wenigstens die Proletariatsmassen tat- und oüberbereit genug sind, um Freiheit und Leben einzuführen für die höchsten Ziele der Menschheit. Dieser Beweis wurde erbracht, und darin liegt das große geschichtliche Verdienst der revolutionären Arbeiterschaft Berlins im Januar 1919.

Der Soldatenschinder.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt über den Fall Hiller weiteres belästendes Material vor. Es erzählt sich daraus, daß Oberleutnant Hiller ein ganz gewalttätiger Wursker war, der Knecht noch mehr auf dem Gewissen hat, als den Tod des Kriegeswilligen Helmke. So wird u. a. ein Anzug aus einem Tagebuch wiedergegeben, in dem es heißt: „Leutnant Hiller vom Gardesäpillerregiment. Hat die Soldaten mit dem Schwert geschlagen. Einer tot.“ Ein Zeuge aus Allenburg teilt mit, daß er mitangelesen habe, wie Helmke von Hiller beschimpft und gestochen wurde. Er hat auch gehört, daß Hiller verboten hat, den in dem Erdloch eingesperrten „Merken etwas zu essen oder zu trinken zu geben“. Weiter war er Zeuge, wie die Todesurkunde verlesen wurde. Darüber berichtet er:

„Auch war ich Zeuge bei der Abfassung des Protokolls über die Todesurkunde Helmkes. Dem muß ich vorausschicken: Ich war als Schneider kommandiert, den Leuten, die keine Gardelinen auf den Rücken hatten, solche aus Schneckenmensch aufzuhängen. Diese Arbeit verrichtete ich in dem Erdloch (Unterflur). Am Morgen nach dem Tode Helmkes wurde ich zu Hiller befohlen mit Aufzug. Er sah in Hose und Hemd am Tisch, zeigte mir ein Loch in der Hose, welches ich ihm ausbesserte, dann gab er mir seine Weste, dann den Rock, an diesem war auch etwas befestigt; ich setzte mich ab und besserte es aus. In dieser Zeit kam der Unterarzt Müller herein. Nach der Begehung kam das

Gespräch auf Helmke und seinen Tod. Müller hatte ein Blatt Papier vor sich, und beide besprachen die Abfassung des Protokolls, dabei äußerte Hiller: „Wir müssen vorsichtig sein, damit uns niemand an den Wagen fahren kann“, und Müller besprach die Abfassung: als „Tod durch Erhängen, Wiederbelebungsversuche durch Abreibung mit Säure waren erfolglos“, in solchem Gespräch wurde ein fetter Schriftsatz gegenseitig beraten. Als Hiller seinerseits erkannte Müller an, daß er „Helmke“ nichts zu essen und trinken geben ließ, denn als Arzt hätte er die ganzen Verlegungsarbeiten bekommen müssen, aus der Unterhaltung löste ich heraus, daß Hiller sich seines Fehlers bemüht war gegenüber dem Arzt Müller. Keine Arbeit war inzwischen erledigt, und ich meldete mich ab, Hiller und Müller waren noch zusammen im Unterflur.“

Hiller mußte also ganz genau, daß er ein Verbrechen verübt hatte. Deshalb schrieb er, wohl auf Grund der mit dem Unterarzt Müller gepflogenen Unterredung, am anderen Tag an den Vater des Helmke, der Arzt hätte als Todesurkunde Darmfäulnis festgesetzt. Die Verurteilung gegen das rechtsverhöhrende Urteil des Kammergerichts ist am heutigen Tage abgelaufen. Wir sind gespannt, ob der Berichtsbere den Mut finden wird, Revision einzulegen.

Einseltiger Sozialismus.

Selbst verständige und einsichtige bürgerliche Sozialpolitiker, von denen man gewohnt ist, daß sie die Fragen des Arbeitsrechts im allgemeinen mit sachlichem Ernst behandeln, folgen willig dem Ruf nach „Steigerung der Produktivität“ durch Verschönerung der Ausstattung, den linken Unternehmeragenten täglich erlösen lassen. So schreibt die „Soziale Praxis“ einen langen Artikel, in dem sie mit großer Befriedigung allerlei Erscheinungen registriert, die angeblich die „Hebung der Arbeitsfreudigkeit und der Arbeitsleistungen“ betreffen.

Nun ist die Verbesserung der Arbeitsleistungen eine Tatsache, die zu bestreiten auch wir keinen Anlaß haben. Anders ist es mit der Hebung der Arbeitsfreudigkeit, von der wir nichts spüren und für die auch keinerlei Gründe vorliegen, denn die Taten der Regierung sind nicht geeignet gewesen, die Arbeitsfreudigkeit zu steigern. Mit der Androhung und Anwendung von Zwangsmahnahmen, mit dem Aufgebot der Polizei, Gericht und Befehdung gegen Streiks und Arbeiterorganisationen weckt man keine Arbeitsfreude. Andere Handlungen aber, die den wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft entsprochen hätten, sind nicht zu verzeichnen. Die Erscheinungen, die die „Soziale Praxis“ aufführt, beweisen das auch und zeigen somit mehr gegen als für die Folgerungen des Blattes. Es handelt sich meist um Vorgänge, bei denen die Arbeiterschaft, gerührt durch die Wirkungen der furchtbaren Wirtschaftskrisis, Zugeständnisse machen mußte, ohne Gegenleistungen empfangen zu haben, oder um unnütze Experimente, deren Ergebnisse noch nicht geprüft sind. So lobt das Blatt die von der Mehrheit der preussischen Landesversammlung empfohlenen „Leistungsprämien“ in den Eisenbahnerstellen, die wir schon kennengelernt, es lobt das den Eisenbahnern sehr gut bekannte und von ihnen mit großer Skepsis behandelte „Gewinnbeteiligungsexperiment der Märkischen Industriewerksstätten in Gelsen“, und es stimmt vor allem bedauerlich ein in den Ruf: „Der mit der Akkordarbeit!“ Die „Soziale Praxis“ registriert auch hier zahlreiche Fälle von Einführung der Akkordarbeit, vergißt aber hinzuzufügen, daß die Zustimmung der Arbeiterschaft zum Stücklohnssystem in zahlreichen Fällen, so auf den Werften, durch Anwendung von Gewalt erzwungen worden ist. Ob wohl auch dadurch eine Steigerung der Arbeitsfreudigkeit erzielt wurde?

Wenigstens verblüfft ist man aber, wenn man liest, daß ein Blatt, wie die „Soziale Praxis“, das doch erst genannt werden will, alle diese Erscheinungen als „Sozialismus der Tat“ preist. Wenn man schon zugeben will, daß die Steigerung der Produktivität in manchen Fällen auf eine Opferwilligkeit der Arbeiterschaft zurückzuführen ist, die vielleicht zum Teil sozialistischem Empfinden entspringt, so ist diese Art von Sozialismus doch höchst — einseltig. Das ist „Sozialismus“ zur Förderung der Privatinteressen des Kapitals, bereichte „Soziale Praxis“. Wie können uns so etwas beim besten Willen nicht vorstellen. Aber das ist eben der Unsinn, der mit allen diesen Dingen geschrieben wird: man sucht durch solche oder ähnliche Wendungen vorzugutwischen, es sei an der Wirtschaftsverfassung irgend etwas zugunsten des arbeitenden Volkes geschehen, und folgert daraus, daß nun die Arbeiterschaft zu den größten Opfern verpflichtet sei. Jedermann weiß, daß das eitel Spiegelschmeichelei ist.

Aber die „Soziale Praxis“ hat Neigungen aus rechtssozialistischem Lager für ihre Auffassung. Herr Kaufstetter hat sich unlängst in der „Neuen Zeit“ für die Akkordarbeit ausgesprochen. Der Mann hat es fertiggebracht, den gesungelächerten Unsinn zu dieser Höhe zu steigern:

„Früher, unter der Alleinherrschaft des Unternehmertums, war das Akkordlohnssystem ein Mittel, die kapitalistische Ausbeutung zu verkleinern, heute kann es bei richtiger Anwendung ein Mittel werden, der Arbeit zu einer gerechteren Entlohnung zu verhelfen. Der Zeitlohn ist seinem innersten Wesen nach eine rein mechanische und darum ungerechte Form der Entlohnung. Er misst die Arbeit nach der Elle und läßt die persönliche Leistung des einzelnen unberücksichtigt; er löst den Arbeiter aus der Arbeit und zwingt zu einer gemächlichen, interesselosen Arbeitsweise; er behandelt den fleißigen, pflichtgetreuen Arbeiter ganz genau so wie den faulen, schlüßvergeßenen, und setzt dadurch geradezu eine Prämie auf die Ineresslosigkeit. Das dies dem Grundgedanken der Wirtschaftlichkeit und der so bitter notwendigen Produktionssteigerung widerspricht, leuchtet ohne weiteres ein, und daß es zugleich ein Dohn ist auf die Forderung einer gerechten Entlohnung, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.“

Unter der Alleinherrschaft des Unternehmertums war das Akkordlohnssystem ein Mittel, die kapitalistische Ausbeutung zu verkleinern. Sehr richtig, Herr Kaufstetter. Und darum ist es auch heute noch, denn an der Alleinherrschaft des Unternehmertums ist nicht das mindeste geändert worden, dank dem Wirken der Rechtssozialisten, die sich siederhaft betätigen, um diese Alleinherrschaft im ganzen Umfange wieder zu befestigen. Den übrigen Unsinn, so den von faulen und pflichtvergessenen Arbeiter wollen wir dem Herrn schenken.

Daß Rechtssozialisten so etwas schreiben, sehr und nicht in Erwäuen. Aber das erste Menschen, die die Männer der „Sozialen Praxis“ hoch sein wollen, dieses Zeug zum hervorragenden Beweismittel für ihre Darlegungen erheben, ist doch recht beschämend für die Art, mit der in Deutschland Sozialpolitik gemacht wird.

Die Juden im Meer.

Der Reichsverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens streift und: Den Nationalisten ist es angeblich gelungen, das amtliche Material über die am 1. November 1918 vom preussischen Kriegsministerium veranstaltete Kriegsteilnehmerstatistik der deutschen Juden zu verlangen.

Nach der amtlichen Darstellung sollen sich Anfang 1917 befunden haben: beim Feldheer 27 615 Juden, in der Etappe 47 523 Juden, im Besatzungsheer 80 005 Juden, also zusammen 155 143 Juden.

Außerdem sollen weitere 15 000 bereits ausgemustert gewesen sein. Die „Neue Zeit“ schreibt hierzu: „Im günstigen Falle kann also davon gesprochen werden, daß von den 508 000 Juden in Deutschland 75 271 für den Heeresdienst für tauglich befunden worden sind. Nach der jüdischen Behauptung soll jeder fünfte Jude eingezogen gewesen sein, also 90 Prozent, während in Wirklichkeit nach fast 2 1/2 Kriegsjahren nur jeder zehnte Jude im Heeresdienst stand, das macht also 11 Prozent der Juden aus.“

Wir stellen demgegenüber fest: Die Statistik vom 1. November 1918 stellte nur ein Momentbild dar. So wurde, wie früher verurteilt im Lazarett lag, als Heimatkrieger, war nach jahrelangem Frontaufenthalt g. u. in der Etappe war, als etappenzugehörig aufgeführt.

Statt bei Umstellung der Richtlinie des antisemitischen Riffermaterials ergibt eine Kriegsteilnehmerzahl von 78 007 von 508 000 Gesamtzahl nicht 11 Prozent sondern 14 Prozent.

Anfang 1918 hat eine sorgfältige statistische Erhebung ergeben, daß 26 838 deutsche Juden Heeresdienst geleistet haben. Diese Zahl hat sich nach dem inzwischen fast vollständigen Material auf über 300 000 erhöht!

Der Prozentsatz der jüdischen Kriegsteilnehmer beträgt über 20 Prozent. Die Zahl der jüdischen Frontkämpfer entspricht der ihrer christlichen Kameraden.

Die Zahl der mit dem G. R. I. ausgezeichneten jüdischen Kämpfer beträgt nach den bisherigen Ermittlungen 8 96; die der zu Offizieren beförderten jüdischen 2000 und 2301.

Bei den in Deutschland befindlichen Juden müssen die jüdischen Reichswehrländer — in Preußen 88 844, in Deutschland über 70 000 — in Abzug gebracht werden, da diese nicht von Deutschland, sondern von fern nicht-deutschen Heimatstaaten zum Heeresdienst einberufen wurden.

Es ergibt sich sonach, daß von den deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens, — unter 540 000 — beträchtlich über 100 000, d. h. also etwa 20 Prozent der gesamten deutschen Juden an dem gegenwärtigen Kriege teilgenommen haben; ein Ergebnis, das in allen Ehren vor der breiten Öffentlichkeit wiedergegeben werden kann.

Trochl getötet?

Wolffs Telegraphenbureau verbreitet aus Kopenhagen folgende Nachricht:

Laut Blättermeldungen ist in Helsingfors eine noch unbestätigte Meldung eingegangen, wonach Trochl aus Anlaß des Rückzuges der Bolschewisten an die Ratwafent greift sei, um ein Stachetgericht abzuhalten. Auf der Station Woloskowsky schickte er den Soldatenrat als Standgericht ein und richtete gegen General Worissow so heftige Beschuldigungen, daß Worissow in großer Erregung seinen Regen zog. Trochl forderte die sofortige Erschießung des Generals. Als der Adjutant Worissows dieses hörte, zog er seinen Revolver und tötete Trochl durch drei Schüsse.

Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt bisher nicht vor. Bei den vielen Falschmeldungen über Russland wird man sie deshalb einstweilen mit großer Vorsicht aufnehmen müssen.

Folgen der freien Lebensmittelwirtschaft.

Einen für Deutschland sehr schmerzhaften Versuch der Ueberführung der staatlichen Lebensmittelwirtschaft in den freien Handel hat England gemacht. Der „Yorkshire Observer“ berichtet darüber:

„Da die öffentliche Meinung darauf drängte, wurde die Kontrolle über Speck aufgehoben. Es wurde berichtet, daß die Preise stark und dauernd fallen würden, aber das Gegenteil war der Fall. Vier Monate lang stiegen die Preise regelmäßig. Große Mengen von minderwertigen Speck wurden auf privatem Wege eingeführt, so daß im Herbst der Markt damit überflutet war. Im August wurde die Kontrolle wieder eingeführt, worauf die Preise für Schweine in einem Tage um 3 sh und dann stetig weiter fielen. In der Zeit ohne Kontrolle wurde der Speck durch viele Zwischenhändler mit Nutzen verkauft, der sich teilweise auf das Nehmen des kontrollierten Preises bezog. Im Mai wurde die Kontrolle über Speck wieder aufgehoben. Der Kleinhandelspreis wackelte damals zwischen 1/8 und 1/8 und schied bei Aufhebung der Kontrolle innerhalb 1-2 Tagen auf 2/8 bis 3/8 hinauf. Nach 3 Wochen mußte die Kontrolle wieder eingeführt werden, worauf die Preise wieder normal blieben.“

Wenn selbst für England die Zeit des freien Verkehrs mit Lebensmitteln noch nicht gekommen ist, so darf in Deutschland noch viel weniger daran gedacht werden. Unsere Erfahrungen warnen auch vor solchen Experimenten, wie sie sich die Engländer gestatten können.

Hochwasserkatastrophe am Niederrhein.

Dinstagen, 8. Januar.

Wassermassen des Rheines haben bei dem Dorfe Wehram den Damm durchbrochen. Sie ergießen sich über Staatsbahnhöfe, Cleebrunnen, Hamborn, Welle, die bedroht ist. Die Dörfen Wehram, Wotterweiderham und teilweise auch Spranghoben haben unter Wasser. Ganze Ernteeile und Gärten mußten fluchtartig geräumt werden. Ein Teil der Ernte scheint vernichtet zu sein.

Nach der Besetzung des obersteirischen Abkommungsgebietes sind an Ententeuppen vorzuziehen ein Divisionsstab, 18 Bataillone, ein Regiment Kavallerie, zwei Artilleriebatterien, zusammen 21 000 Mann. Die Nationalität der Truppen steht noch nicht fest.

Gegen das Urteil, wonach die deutschen Großindustriellen im Saargebiet, Robert und Hermann Schilling, durch ein französisches Militärgericht in Amiens jeder zu 10 Jahren Zuchthaus, 15 Jahren Landesverweisung und 10 Millionen Franken Buße verurteilt worden sind, ist Revision beim Pariser Appellationshof eingeleitet worden.

Das Gesetz über das Reichsmonopolier ist jetzt unter dem Datum des 31. Dezember 1918 amtlich veröffentlicht worden.

Der französische Geschäftsträger für Berlin, Der Vize, Paufen, bestätigt, daß der ehemalige französische Generalkonsul von Genoa de Marelli, der vor einigen Tagen den Rang eines bevollmächtigten Ministers erhielt, zum französischen Geschäftsträger in Berlin ernannt werden wird.

